

Zweckverband stützt Vorsitzenden

ABWASSER Der Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens VBA spricht Hubert Achhammer von Schuld frei. Das Landratsamt hält sich bedeckt.

VON CHRISTOF SEIDL, MZ

LANDKREIS. Der Abwasserzweckverband (AZV) hält trotz der schweren Vorwürfe im Prüfungsbericht des Landratsamts (MZ berichtete ausführlich) an seinem Vorsitzenden Hubert Achhammer fest. In einem offenen Brief, den eine Presseagentur für den Zweckverband angefertigt hat, werden die Vorwürfe, die das Landratsamt in seinem Bericht äußert und die die MZ wiedergegeben hat, als „in vollem Umfang falsch“ dargestellt.

Dem offenen Brief zufolge haben Landratsamt und MZ dem Vorsitzenden des Abwasserzweckverbands, Hubert Achhammer, unterstellt, durch einen rechtswidrigen Beratungsauftrag die Prüfung des AZV und seiner Tochterunternehmen massiv behindert zu haben. Auslöser für die Kritik ist nach Ansicht des Zweckverbands die falsche Darstellung des tatsächlichen Sachverhalts in einer gekürzten Version des Prüfungsberichts, den das Landratsamt für die Öffentlichkeit verfasst hat – wohlgermerkt im Auftrag des Abwasserzweckverbands. Aus der Originalversion des Be-

richts ließen sich diese Vorwürfe nicht herauslesen, heißt es in dem offenen Brief, der auf der Internetseite des Zweckverbands einsehbar ist (siehe nebenstehenden Wortlaut der beiden Versionen). Dort heißt es, „dieses, mit erheblichen Kosten verbundene, Vorgehen ist zumindest als äußerst ungewöhnlich zu werten“ (bei der Passage geht es um die Vergabe von Aufträgen an eine Beratungsfirma in Höhe von 44 000 Euro). Gleichzeitig stellt die ausführliche Version des Berichts fest, dass die sämtliche Ausführungen der Beratungsfirma unbrauchbar waren.

Konzernorgane unter Druck gesetzt

Der Abwasserzweckverband verweist auf Passagen des ausführlichen Berichts, wonach der Geschäftsführer der Beratungsfirma – er war zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der KSE AG, einem mittlerweile aufgelösten Subunternehmen des Zweckverbands – versuchte, eine Beauftragung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands und die Prüfungshandlungen der Staatlichen Rechnungsprüfungsstelle zu ver- bzw. zu behindern. Er habe dabei Konzernorgane massiv unter Druck gesetzt.

Achhammer dagegen habe nach Angaben des Zweckverbands von Anfang an auf Transparenz gedrängt und zusammen mit dem Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens VBA (das unter dem Dach des Zweckverbands arbeitet) die Prüfung angestoßen. Die Verzögerungen seien eine

Folge der Aktivitäten der Beratungsfirma und des Umstands, dass die Subunternehmen des Zweckverbands auf unterschiedlichen Rechtsgrundlagen basieren, die zu vereinbaren sehr mühsam gewesen sei. Erst Achhammers Drängen habe die Prüfung bei der KSE möglich gemacht.

Drohende Insolvenz abgewendet

In dem offenen Brief heißt es zudem, bei dem Kommunalunternehmen VBA habe ein erhebliches Insolvenzrisiko geherrscht, das den gesamten Verband betroffen hätte. In diesem Fall wäre Achhammer dem Vorwurf der Insolvenzverschleppung ausgesetzt gewesen. Ein Auftrag an die Beratungsfirma sei auch erteilt worden, um diese Insolvenz zu verhindern.

Der VBA-Verwaltungsrat hat in geheimer Abstimmung am 20. Dezember (sechs Tage nach Veröffentlichung des Berichts) Achhammer einstimmig sein Vertrauen ausgesprochen. In diesem Verwaltungsrat sitzen auch die Bürgermeister der fünf betroffenen Gemeinden, die die Folgen des Finanzdebakels beim Abwasserzweckverband Pfattental voraussichtlich übernehmen müssen.

Das Landratsamt hält sich bedeckt. Auf MZ-Anfrage heißt es in einer schriftlichen Stellungnahme von Landrat Mirbeth, nach Rücksprache mit den betroffenen Bürgermeistern richte sich der Brief nicht gegen das Landratsamt, sondern gegen die MZ. Die Aussagen des offenen Briefs werden nicht kommentiert.

DIE BERICHT-VERSIONEN

► In der veröffentlichten Version des Prüfungsberichts heißt es: „Der jetzige Verwaltungsratsvorsitzende war dafür verantwortlich, dass die VBA der Wirtschaftsberatungsgesellschaft im Zusammenhang mit der Untersuchung des Finanzierungssystems und der Beratung gegen das Landratsamt und den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) Beraterhonorare in Höhe von über 40 000 Euro zahlte. Die abgerechneten Beratungsleistungen bestanden dabei teilweise darin, die Prüfungsarbeiten durch den BKPV zu verhindern oder zumindest zu erschweren und die Prüfungsrechte des Landratsamts zu beschneiden.“

► Im Original-Prüfungsbericht heißt es wörtlich (auszugsweise): „Die Rechnungen ... beziehen sich hauptsächlich auf Beratungsleistungen bezüglich der Finanzsituation der VBA und gegen das Landratsamt hinsichtlich der Beauftragung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, der Prüfungsrechte und der bereits vorgenommenen Feststellungen des staatlichen Rechnungsprüfers hinsichtlich der strukturellen Probleme des Konzerns. Dieses, mit erheblichen Kosten verbundene, Vorgehen ist zumindest als äußerst ungewöhnlich zu werten. Die Rechnungen wurden vom jetzigen Verwaltungsratsvorsitzenden bestätigt ... Ein entsprechender Beschluss des Verwaltungsrats oder aber eine Information über die Kosten der Rechtsberatung konnten nicht festgestellt werden.“